

### HEUTE

- EG: DDR-Bauern vor Radikalkur ohnegleichen Seite 2
- Theater unter Tage im Altausseer/Salzbergwerk Seite 5
- Am ND-Telefon: Antworten zum Bausparen Seite 6
- Berliner Kaserne wird Haus der Wissenschaft Seite 7

### STANDPUNKT

#### Nächstenliebe...

... ist in der Politik eine seltene Leidenschaft. Parteien sind gewöhnlich nur sich selbst die nächsten. Um so erfreulicher, daß wir seit diesem Wochenende einen richtigen Ausbruch an Selbstlosigkeit erleben. Noch dazu, da wir gerade die erste richtige Koalitionskrise überstanden und einige schöne Beispiele erlebt haben, was es bedeutet, eigene parteipolitische Lauterkeit heraus- und die Niedertracht des politischen Widerparts (und Koalitionspartners) bloßzustellen.

Vorläufig aber ist in der Regierung die Parole Nächstenliebe ausgegeben worden. Alle wollen die Krone des potentesten Nächstenliebhabers, und die plötzlich so stürmisch Umworbene, die Bürgerbewegungen vor allem, sind sich nicht irritiert. Einerseits sprechen sich regierungstragende Parteien ja für Wahlsperren aus, andererseits für die Stärkung der Demokratie aus. Einerseits haben regierungstragende Politiker noch vor Monaten dem Entwurf eines Wahlgesetzes zugestimmt, das ebenjene Bürgerbewegungen von einer Kandidatur ausgeschlossen hätte. Andererseits machen sich SPD, FDP und CDU nun für Listenverbündungen stark, um Vertreter der Bürgerbewegungen sozusagen huckepack ins Parlament zu bugsiern. Auch der Koalitionsausschuß will sich heute diesem Thema zuwenden.

Indes: Die gespaltene Haltung gestern und heute läßt vermuten, daß die neue Nächstenliebe von anderen als den erklärten Leidenschaftlichen beflügelt wird. Gewiß, den Bürgerbewegungen soll mit den Huckepack-Plätzen individueller Trost geboten, der flüchtig gewordene Geist der Herbstrevolution so bedient werden. Naheliegender jedoch ist die Absicht, die PDS vom künftigen Parlament fernzuhalten, sie so marginal wie möglich zu halten. Das ist der wahre Hintergrund der konzertierten Aktion Nächstenliebe. Der Eigennutz spricht halt „alle Sprachen und spielt alle Rollen, sogar die der Selbstlosigkeit.“ (La Rochefoucauld).

REINER OSCHMANN

### Am Wochenende in Köln beschlossene Sache

## Bei Wahl im Dezember Linke Liste/PDS

Köln (ND-Helling/W. Hüfner). Es gilt nun als von beiden Seiten beschlossene Sache: Linke aus der DDR und der BRD wollen bei den gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember auf einer gemeinsamen Liste kandidieren. Der gut besuchte Kölner Kongreß vom Wochenende, die Geburtsstunde der Linken Liste/PDS, führte politische Kräfte verschiedenster Färbung in einer Breite wie selten zusammen: Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschafter, Trotzkisten, Sozialdemokraten, Grüne, radikale Linke und Vertreter anderer Strömungen.

Die Linke Liste/PDS, ein Wahlbündnis von Personen und nicht von Parteien und Organisationen, steht allen Interessenten offen. Sie ist keine Ausdehnung der PDS auf das gesamte Deutschland, wiewohl sich Initiativgruppen zur Gründung einer PDS in der Bundesrepublik daran beteiligen werden. Zu den Konsenspunkten, die dem Listenbündnis zugrunde liegen, gehört, ein Gegengewicht zu den rechten Kräften zu schaffen. Ein hegemonisches Deutschland zu verhindern, gegen die NATO-Mitgliedschaft von ganz Deutschland zu kämpfen und die Basisdemokratie zu akzeptieren. In den nächsten Tagen soll die Liste offiziell angemeldet werden. Für Ende August/Anfang September ist ein gesamtdeutscher Kongreß vorgesehen.

„Es geht nun um die Wahlrechtsmanipulation.“

Eine andere linke Kraft neben der SPD sei im gesamtdeutschen Parlament ein notwendiges Korrektiv, sagte der ehemalige Vorsitzende der DDR-SPD Ibrahim Böhme. Er habe keine Angst davor. Zwar stehe er für die linke Liste/PDS nicht zur Verfügung, sei aber der Einladung zum Kongreß gern gefolgt. Er bezeichnete die PDS als neue demokratische Kraft, die in dem Maße akzeptabler wird, in dem sie Altlasten abwirft, ihre Vergangenheit aufarbeitet. Zur Diskussion über die Sperrklausel sagte Böhme, wenn kleinere Parteien und Gruppierungen nicht souverän auf Listen großer Parteien kandidieren können — „und welche kleine Gruppierung kann das schon ohne Kompromiß oder sogar Vereinnahmung“ —, dann spreche er sich deutlich gegen eine 5-Prozent-Hürde auf DDR-Gebiet aus.

Reinhard Schult vom Neuen Forum meinte, derzeit solle sich die PDS besser mit der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit beschäftigen, statt sich an dieser Wahl zu beteiligen. Er bezweifelte, daß eine solche Verbindung viele Wählerstimmen bekommen werde. Dem entgegnete Bernd Henn, Gewerkschafter aus Salzgitter, ein solches Listenprojekt habe nur Sinn mit der PDS gemeinsam.

Auf einer abschließenden Pressekonferenz machte Gysi noch einmal den undemokratischen Charakter einer wie auch immer bezifferten Wahlklausel deutlich. Damit würden die Stimmen von Millionen Wählern nicht zählen. Nach jetzigem Wahlsystem bestünden allerdings gute Chancen für die PDS, zumindest durch drei Direktmandate in das neue deutsche Parlament einzuziehen.



Glühende Hitze schreckte über 4000 glühende Radsportanhänger bei der Thüringer Burgenfahrt nicht ab. Sternförmig aus Arnstadt, Erfurt, Gotha und Bad Langensalza kommend, „parkten“ sie ihre Drahtesel im Freudental. Prominenz fehlte nicht — Olympiasieger Lutz Heßlich, Exweltmeister Bernhard Eckstein, Friedensfahrtsieger Klaus Ampler ND-Foto: Ulli Winkler

### Gysi bereit, mit der SPD über Vermögen zu verhandeln

Berlin (ND). In einem Interview mit der Kölner Tageszeitung „Express“, in dem sich Gregor Gysi zu einer möglichen Zusammenarbeit mit der SPD in einem gesamtdeutschen Parlament äußerte, nahm er auch Stellung zu Fragen des Parteivermögens. „Wir wären bereit, mit der SPD über mögliche Ansprüche zu verhandeln“, erklärte er. Die PDS habe bereits „ohne Rechtspflicht“ Immobilien und Betriebe im Umfang von über neun Millionen Mark abgegeben. Nun gebe es noch „weitere Abgabe-Entscheidungen, die zu realisieren sind“.

Die SPD müsse sich allerdings direkt an die PDS wenden. „Bisher haben wir noch keinen Brief

von der SPD erhalten. Über die Medien wollen wir nicht verhandeln“, meinte Gysi.

SPD-Chef Hans-Jochen Vogel, der eine Zusammenarbeit mit der PDS in einem Zeitungsbeitrag ausgeschlossen hatte, verlangte, daß „die Vermögens der SED/PDS und der Blockparteien der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden“. Nur aus Mitgliedsbeiträgen stammende Mittel sollten unangetastet bleiben. Wie Vogel weiter erklärte, betreibe seine Partei die Rückgabe der ihr im Juni 1933 von den nationalsozialistischen Gewalttätern abgenommenen Vermögenswerte auf juristischem und politischem Wege mit großem Nachdruck.

- Schwimmen**  
Acht Siege erkämpften die Nachwuchsstreiter der DDR bei den Junioreuropameisterschaften im französischen Dunkirk. Das UdSSR-Team holte elf Goldmedaillen.
- Motorsport**  
Bernd Beckhussen (DDR) wurde bei der Weltmeisterschaft der Außenbord-Kleinboote bis 250 ccm in Nora (Schweden) Vizeweltmeister hinter Peter König (Westberlin).
- Goodwill Games**  
Der DDR-Radsport-Vierer wurde mit Meier, Gebauer, Koldewitz und Kölling auf der Bahn Zweiter hinter der UdSSR. Den gleichen Rang belegte Sören Lausberg über 1000 m.
- Formel I**  
Der Brasilianer Ayrton Senna gewann den Großen Preis von Deutschland auf dem Hockenheimring. In der Gesamtwertung verdrängte er den Franzosen Prost vom ersten Rang.
- Fußball**  
Die Olympiasieger der DDR kam bei ihrem ersten Vergleich der USA-Tournee in Milwaukee gegen den Gastgeber zu einem 2:1-Sieg. (Sport auf Seiten 10 bis 12)

### Altbundeskanzler Bruno Kreisky 79-jährig in Wien verstorben Demokratie verlor eine Führungsgestalt

Wien (ADN). Der frühere österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky ist am Sonntag in Wien im Alter von 79 Jahren an Herzversagen gestorben. Der im In- und Ausland hochgeschätzte Politiker hatte sich in seinem außenpolitischen Wirken für eine Normalisierung der Beziehungen zu Osteuropa eingesetzt und unermüdet für eine Versöhnung zwischen Juden und Arabern engagiert. So empfing er 1979 als erster westlicher Regierungschef PLO-Vorsitzenden Yasser Arafat in Wien.

1911 in einer jüdischen Familie in Wien geboren, schloß sich Kreisky mit 16 Jahren der sozialistischen Bewegung an. Auf der Flucht vor der Gestapo ging er 1938 ins schwedische Exil. Nach 1945 pflichtete er sich zu einem maßgeblichen Politiker der Sozialistischen Partei Österreichs

(SPÖ), deren Vorsitzender er 1967 wurde. 1986 trennte er sich von der Partei. Von 1970 bis 1983 stand Kreisky mehreren von der SPÖ gebildeten Regierungen als Bundeskanzler vor. Nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler und Parteivorsitzender widmete sich Kreisky verstärkt globalen Problemen wie der Abrüstung. Er war stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Internationale (SI) sowie seit 1989 deren Ehrenpräsident.

Die SPÖ trauere um einen ihrer größten Repräsentanten, erklärte SPÖ-Parteivorsitzender und Bundeskanzler Franz Vranitzky. Mit Bruno Kreisky hat Österreich nach den Worten des SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt einen seiner bedeutendsten Nachkriegspolitikere und die europäische Demokratie eine ihrer überzeugendsten Führungsgestalten verloren.

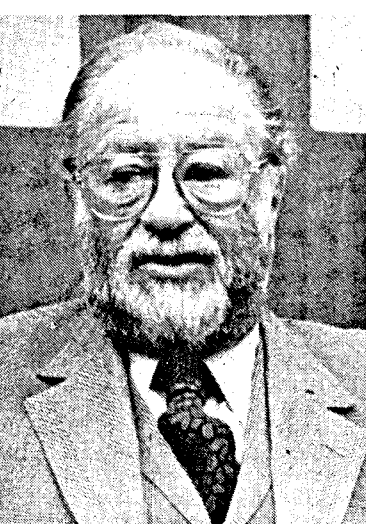


Foto: ADN/AP

### Deutschland stöhnte unter Saunahitze

Berlin (ADN/AP). Hochsommerliches Wetter bescherte am vergangenen Wochenende weiten Teilen Deutschlands Temperaturen über 30 Grad. Wie die Zentrale Wetterdienststelle Potsdam mitteilte, waren die gemessenen Werte in vielen Landesteilen die bisher höchsten des Jahres. In Berlin lasen die Meteorologen am Sonnabend 31 und am Sonntag 33 Grad vom Thermometer ab. Deshalb kaum verwunderlich: Die Berliner Strandbäder meldeten Besucherrekorde.

In Dresden fiel der Wasserstand der Elbe auf 80 Zentimeter, das sind 1,35 Meter weniger als vor drei Wochen. Lediglich in den Jahren 1883 und 1904 hatte der Fluß noch weniger Wasser geführt. Die Talsperren Klingenberg-Lehnmühle und Bad Gottleuba sind nur noch zu 40 Prozent gefüllt.

Am Sonnabend stiegen die Temperaturen von Schleswig-Holstein bis Bayern auf mehr als 30 Grad. Auch im Rheintal machten sich Saunatemperaturen breit.

Vom Rhein-Main-Gebiet bis nach Basel stieg das Quecksilber auf 35 Grad, in Karlsruhe wurden sogar 36 Grad gemessen.

Für die Ferienreisenden wurde die Autofahrt dabei zur Qual. Bereits am Freitagabend hatte sich auf der Autobahn Nürnberg-Berlin ein Stau von 110 Kilometern zwischen Homersdorf in der Fränkischen Schweiz und der Grenze zur DDR bei Rudolphstein gebildet. Auf der Autobahn München-Salzburg standen die Fahrzeuge auf einer Länge von 70 Kilometern vom Chiemgau bis an die Grenze nach Österreich.

Erst am Sonntag ebnete der Verkehr langsam ab. Während Gewitter und dunkle Wolken vorübergehend für eine leichte Abkühlung sorgten, blieben auch die Ausflügel vielfach daheim und entlasteten damit die Routen. Der Luftmassenwechsel löste gebietsweise Gewitter aus, die aber nur vereinzelt stärkere Niederschläge verursachten. So fielen in Hamburg am Sonntag-

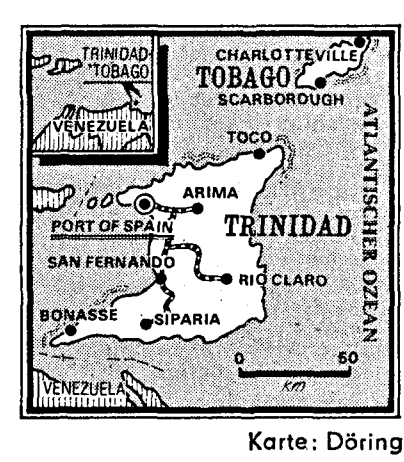
### Verworrene Lage nach Umsturzversuch auf Trinidad Premier ist angeblich zum Rücktritt bereit

Port-of-Spain (AP/ND). Nach einem Umsturzversuch in der karibischen Inselrepublik Trinidad und Tobago, bei dem 22 Menschen getötet worden sein sollen, blieb die Lage am Wochenende verworren. Moslemische Rebellen unter dem Expolitisten Abu Bakr hatten am Freitagabend das Parlament gestürmt und Premier Arthur Robinson sowie mehrere Minister als Geiseln genommen. Die Organisation mit dem Namen Djamaat el Muslimin (Schar der Moslems) beschuldigt die Regierung der Korruption und des Drogenhandels.

Die Putschisten hatten damit gedroht, sich mit den Geiseln

die Luft zu sprengen, falls Truppen einen Befreiungsversuch versuchen sollten. Die Polizei verhängte eine Ausgangssperre. Staatspräsident Hassanal befand sich während des offenbar geglückten Staatsstreichs in London.

Am Sonntag sendete der Rundfunk ein Interview mit einem der Führer der Putschisten, in dem dieser erklärte, der Premier sei zum Rücktritt bereit und einverstanden, innerhalb von 90 Tagen Wahlen abzuhalten. Bis dahin solle eine aus Vertretern aller politischen Parteien bestehende Interimsregierung amtieren.



Karte: Döring

### In zwei Ländern PDS-Parteitage

Lelpzig/Dessau (ND). Positionen der Partei des Demokratischen Sozialismus im geeinten Deutschland sowie in den Ländern wurden am Wochenende auf den ersten beiden PDS-Landesparteitagen in Sachsen und Sachsen-Anhalt erörtert. Diskutiert wurden der Standpunkt der PDS zur SPD und zu linken Kräften, die Arbeit in den Territorien, für Ökologie und gegen Rechts- und Sozialabbau sowie für ein entmilitarisiertes Deutschland. Die Delegierten wählten die Landesvorsitzende sowie die Kandidaten für die Landtage und verabschiedeten Wahlplattformen. Auf dem sächsischen Landesparteitag appellierte der stellvertretende PDS-Vorsitzende André Brie an die Parteibasis, „keine Gräben zur SPD auszuheben“.

(Siehe auch Seiten 2 und 3)

### Fieber in Bulgarien steigt

Von unserem Korrespondenten VOLKER HENTGES

Sofia. Das politische Fieber in Bulgarien steigt weiter. Anzeichen dafür waren am Wochenende die heftigen Kontroversen um die bevorstehende parlamentarische Anhörung des früheren Partei- und Staatschefs Todor Shiwkow, der Rücktritt des Innenministers und ein Massenprotest vor dem Parlamentsgebäude. Der Streit um die Anhörung Shiwkows rankt sich um die Frage, ob diese original in Funk und Fernsehen übertragen oder als Aufzeichnung gesendet werden soll.

Einen endgültigen Beschluß darüber soll das Hohe Haus am heutigen Montag treffen. Wie Shelly Shelew, der Vorsitzende der oppositionellen Union der Demokratischen Kräfte (UDK),

unterstrich, bestehe seine Forderung auf Direktübertragung. Bei der Abstimmung zähle er auf ein Gruppen Abgeordneter von der BSP, die zur UDK tendierten. Selbst innerhalb der Union bestehen über diese Frage Meinungsverschiedenheiten: UDK-Politiker Rumen Wodenitscharow hält es für erforderlich, die Sendung vorher durchzusehen — mit Blick darauf, daß keine Staatsgeheimnisse verbreitet werden.

Zur gleichen Zeit, da die Abgeordneten noch tagten, versammelten sich Tausende vor dem Parlamentsgebäude zu einer Protestkundgebung. Beim Verlassen des Gebäudes wurden die Abgeordneten mit Pfeifkonzerten empfangen, Autos zum Halten gezwungen und bespuckt.

### KURZ

- Dialog RSFSR—Lettland**  
Moskau. Die RSFSR und Lettland wollen in dieser Woche Verhandlungen über bilaterale Verträge über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit aufnehmen. (Kommentar Seite 2)
- Fujimori vereidigt**  
Lima. Perus neuer Präsident Alberto Fujimori wurde am Sonntagabend in Lima vereidigt. Anwesend waren fünf lateinamerikanische Staatschefs. (Siehe Seite 4)
- Geschändeter Friedhof**  
Stuttgart. Unbekannte Täter verwüsteten am Wochenende den Friedhof der Jüdischen Gemeinde Stuttgart. Die Zerstörungen an über 60 Gräbern stammen nach Polizeiangaben vermutlich von Rechtsradikalen.
- Gnade für Terroristen**  
Paris. Der iranische libanesische Terrorist Anis Naccache und vier seiner Komplizen wurden in Frankreich begnadigt. Sie hatten 1980 bei einem Attentat zwei Menschen ermordet.
- 75 Störfälle in AKW**  
Moskau. Im ersten Halbjahr 1990 gab es nach Angaben der „Iswestija“ vom Sonntag bereits 75 Störfälle in sowjetischen Atomkraftwerken, die zu Unterbrechungen des Betriebes führten.
- Einig nur im Grundton**  
Jakarta. Die Außenministerkonferenz der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN) schloß am Sonntag in Jakarta ohne wesentliche Ergebnisse für die Lösung des kambodscha-Problems. Indonesiens Außenminister Ali Alatas sprach von „Einigkeit im Grundton“.
- Autodiebe groß da**  
Berlin. Durchschnittlich täglich 17 Autos — das waren insgesamt 3100 Wagen — entwendeten Diebe in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in Westberlin.

### Neue Regierung in Liberia

Monrovia (ADN). Der Chef der Nationalen Patriotischen Front Liberias (NFFL), Charles Taylor, der sich am Freitagabend zum neuen Machthaber des westafrikanischen Staates erklärte, hat am Wochenende in Monrovia eine neue Regierung eingesetzt. Über einen Privatsender hat Taylor die Auflösung des Kabinetts des bisherigen Staatschefs Samuel Doe und die Suspendierung der Verfassung verkündet. An die noch etwa 700 regierungstreuen Soldaten wurde appelliert, die Waffen niederzulegen. Die neue Regierung will innerhalb

von sechs Monaten allgemeine Wahlen durchführen, an denen sich alle politischen Parteien frei beteiligen können.

Ein Mitarbeiter des bisherigen Präsidenten Doe erklärte in einem BBC-Interview, der Staatschef werde weder zurücktreten noch freiwillig das Land verlassen. Doe hatte sich zuletzt mit seiner Leibgarde in seiner Kommandozone auf einem Hügel in Monrovia verschanzet. Unterdessen wurde bekannt, daß Anhänger von Doe in Monrovia etwa 30 Menschen ermordet haben.

(Personalie Seite 2)

### 25 000 Reisende liegen in Georgien fest Ultimatum für Parlament

Moskau (ADN). Mitglieder mehrerer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen haben eine Blockade der Bahnstation im georgischen Rayonzentrum Samtredia begonnen. 30 Personenzüge mit ungefähr 25 000 Passagieren und 200 Güterzüge liegen am Knotenpunkt von Nordkaukasi-

scher und Transkaukasischer Eisenbahn fest.

Die Blockierer wollen die Station so lange nicht räumen, bis eine außerordentliche Sitzung des Obersten Sowjets der Republik außerordentliche Parlamentswahlen in Georgien auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems gesetzlich verankert.

### 25 000 Reisende liegen in Georgien fest

Peking (AP). Ein schwerer Hagelschauer mit ungewöhnlich großen Hagelkörnern hat in der nordchinesischen Provinz Hebei Presseberichten vom Sonntag zufolge 33 Menschen das Leben gekostet. 418 Personen wurden schwer verletzt. Das Unwetter am 15. Juli habe außerdem der Ernte in mehr als 75 Kreisen große Schäden zugefügt, 18 000 Häuser zerstört und weitere 300 000 Gebäude beschädigt, hieß es am Sonntag in Peking.